Dresdner Nachrichten

32. Jahrgang.
Aufl. 46,000 Exempl.

Dresden, 1887.

Heinrich Müller, Altmarkt 10.
Strumpfwaaren eigner Fabrik. Oschatzer Filzwaaren von Ambrosius Marthaus. Normal-Unterkleider. Gegründet 1828.

Nacht-Telegramme.
(Nur in einem Theile der Auflage.)

Berlin, 15. Dec. Der Bundesrath ertheilte zur Verlängerung des Sozialistengesetzes seine Zustimmung.

Paris, 15. Dec. Die heute in der Kammer verlesene ministerielle Erklärung konstatirt das gute Einvernehmen zwischen Frankreich und den fremden Nationen, in dem Wunsche, daß der Frieden nach Außen aufrecht erhalten werde zur Beruhigung der Gemüther bei den innern Arbeiten.

Paris, 15. Dec. Der General Boulanger trifft heute hier ein, um an Arbeiten im Kriegsministerium theilzunehmen. — Gestern wurde am Kriegsministerium folgende Bekanntmachung angeschlagen: „Auf Befehl des Kriegsministers ist der Presse-Dienst mit dem 13. Dec. aufgehoben." Die radikale Presse protestirt lebhaft gegen diese Maßregel.

Frankfurt a. M., 15. Dec. (Schluß.) Credit 219,30, Staatsbahn 176½, Lomb. 69,40, Galizier 150,40, Egypter 74,80, 4proz. ung. Goldrente 78,50, Disconto 189,10. Schwach.

Wien, 15. December. (Schluß.) Credit 271,75, Staatsbahn 220,60, Lomb. 85,50, Nordwestbahn 151,50, Marknoten 61,37, ung. Credit 275,50.

London, 15. Dec. Vorm. 11,15. Consols 101 11/16, 1876er Russen 94½, Italiener 96½, Lomb. 7 5/16, Türken 14 1/16, 4proz. fund. Amerikaner 128½, 4proz. ung. Goldrente 79½, Oesterr. Goldrente 85, Preuß. Consols 106, 4proz. unif. Egypter 74 1/16, 5proz. priv. Egypter 98 7/16, 3proz. garant. Egypter 101 5/16, Ottomanbank 10 11/16, Suezactien 84,50, Spanier 67⅞, Canada-Pacific —,—. Schwach. — Wetter: Regen.

Ratanhia-Mundwasser-Zahntinctur,
heilkräftig, antiseptisch, erfrischend, Fl. 1 Mk., auf 12 Fl. 1 Fl. Rabatt.
Königl. Hofapotheke Dresden,
am Georgenthor.

Julius Mähler
Dresden
Wilsdrufferstr. 26.
Feine Leder- und Metallwaaren
Album, Fächer
Schmucksachen
Größte Auswahl in allen Preislagen.

Reise-Decken
à Mk. 12, 15, 18 u. s. w.
Rudolph Nagel
Teppich- u. Möbelstoff-Handlung
11 See-Strasse 11.

Garnirte Kissen, Puffs, Sachets, Körbe, Tragbänder, feine Börsen, feine Lederwaaren, sowie Peluche-Gegenstände in allen Preislagen.
Altmarkt. C. HESSE. Altmarkt.

Nr. 350. Spiegel: Kriegsgerichte, die neue Wehrvorlage. Hofnachrichten, Landtag, Hochverrathsprozeß Cabannes, Weihnachtsspaziergänge. Gerichtsverhandlungen. **Freitag, 16. Decbr.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Mit der abwartenden Haltung, welche der österreichische Marschallrath gegenüber den russischen Truppenansammlungen einzunehmen beschlossen hatte, ist man in Berlin sehr wenig zufrieden gewesen. In Petersburg hatte man sein Wohlgefallen über den österreichischen Vorsatz, zunächst in Unthätigkeit zu verharren, gar zu deutlich zu erkennen gegeben. In Berlin hingegen erblickt man in dem Zögern Oesterreichs nur das alte Erbübel der österreichischen Politik, die „immer langsam voran" gegangen und darum so oft in der Weltgeschichte nachgehinkt ist. Die Alarm-Nachrichten, die in den letzten Tagen aus mehreren halboffiziösen Blättern emporstiegen, waren, wie man es jetzt erklärt, nicht zur Beunruhigung des Publikums im Allgemeinen bestimmt, sondern ganz ausdrücklich auf Oesterreich gemünzt. Sie sollten demselben zurufen, die Pflicht der Friedensvertheidigung nicht ausschließlich Deutschland zu überlassen. Es wäre dabei nur zu wünschen, daß die Diplomatie sich bei diesem anerkennenswerthen Bemühen etwas geeigneterer Mittel bediente, als der Veröffentlichung durch die Zeitungen. Denn auf dem jetzt beliebten Wege der Verquickung von Diplomatie und Journalistik ist eine Beunruhigung des Publikums nicht gut vermeidlich. Dies vorausgeschickt, kann man der in Berlin geäußerten Unzufriedenheit über die österreichische Unthätigkeit nicht die Berechtigung absprechen. War doch sogar eine Inspektionsreise, welche der Erzherzog Albrecht nach der galizischen Grenze beabsichtigt hatte, verschoben worden! Als nun gar die halbamtlichen Blätter Oesterreichs die eigene Unentschlossenheit als die höchste Staatsweisheit priesen, so hielt man es in Berlin für nöthig, Oesterreich an seine vertragsmäßigen Pflichten zu mahnen. Eine im Bismarck'schen Leibblatte an hervorragender Stelle abgedruckte Auslassung spricht von dem „fast unglaublichen Leichtsinn, mit dem die Bewohner des Donaureiches stets die ernstesten Dinge betrachteten, allerdings mit Erfolgen, die sich nur zu klar in dessen Geschichte ausgeprägt finden. Ein politisches Bündniß zwischen zwei Staaten wie Oesterreich und Deutschland sei keine Heirath, sondern sozusagen eine Reise auf gemeinschaftliche Kosten, von denen jeder Theilnehmer seinen eigenen Theil bezahlen muß. Versäumt der eine Theil, dies zu thun, so wird der andere sich entweder einfach weigern, die ganzen Auslagen allein zu bezahlen, oder wenn er es doch thut, so wird der nicht bezahlende Theil als sein Protegé erscheinen. Falls Oesterreich nicht bald die nöthigen Maßregeln ergreift, sondern dieselben auf die lange Bank schiebt mit der Begründung, daß bis zum Frühjahr noch drei oder vier Monate sind, so könnte es leicht die Ueberzeugung gewinnen, daß es wieder zu spät ist. Die Bewahrung des Friedens durch den Dreibund sei nur dann möglich, wenn alle Verbündeten Alles thun, was in ihrer Macht steht — jeder nach seinen Verhältnissen, um den Bund möglichst stark zu machen". Dieser Gedankengang ist ganz unanfechtbar; man hat in Wien auch seine Folgerichtigkeit eingesehen und einen zweiten Marschallrath einberufen. Dieser hat sich nicht der Nothwendigkeit verschlossen, unverweilte Sicherheitsmaßregeln auf der österreichischen Seite gegen russische Pläne zu treffen. Eine allmälige Erhöhung der Streitmacht Oesterreichs an der galizischen Grenze zur Wiederherstellung des militärischen Gleichgewichts wird deshalb eintreten.

Man braucht die von Rußland an die österreichische Grenze vorgeschobenen Truppen nicht gerade als die Vorhut des Hauptheeres anzusehen, das im Frühjahr sich in Bewegung setzen soll, und muß doch deutscherseits ernstlich verlangen, daß Oesterreich sich in den Stand setzt, jederzeit den etwaigen Versuch Rußlands, den Frieden zu brechen, im Keime zu ersticken. Deutschland und Oesterreich sind mit Italien Compagnon's einer großen Friedensfirma geworden, deren Vermögenseinlagen in das Geschäft in Soldaten bestehen. Wir hegen den begreiflichen Wunsch, daß unser Compagnon eine seinen Kräften angemessene Einlage macht und nicht den nöthigen Zeitpunkt dazu verpaßt. Die Unzufriedenheit, die in Berlin über das militärische Zaudern Oesterreichs herrscht, geht aber auch auf andere, tiefere Gründe zurück. Man weiß in Berlin sehr genau, daß das Bündniß Oesterreichs mit Deutschland dort eine nicht unbedenkliche Gegnerschaft besitzt. Eine nicht unbedeutende Partei, die sich aus Slaven und Jesuiten rekrutirte, vertrat bisher die Ansicht, daß Oesterreich von Deutschland gemißbraucht wird. Seltsamerweise fanden sich die Elemente zusammen, die von Natur sonst Todfeinde sind; sie zogen aber zunächst an dem gemeinsamen Strange der Feindschaft gegen Deutschland und führten seit Langem einen Minenkrieg gegen das Bündniß Oesterreichs mit dem protestantischen Deutschland. Den Ultramontanen fangen jedoch die Augen an aufzugehen, was für seltsame Gesellen sie unterstützten. Es sind dies diejenigen Elemente unter den Czechen und Slovenen, für welche der Kaiser von Oesterreich und der Papst in Rom längst abgethane Dinge sind, die den Augenblick nicht erwarten können, wo die weltliche und geistliche Autorität des Czaren auch in Oesterreich maßgebend ist. Die wahre Natur und der letzte Zweck der slavischen Russenschwärmer wurden auch den Ultramontanen klar, als offen für den Uebertritt der czechischen Katholiken zur russisch-orthodoxen Kirche agitirt und die Verwandlung der böhmischen Universität zu Prag in eine russische gefordert wurde. In den von Slovenen bewohnten Kronländern Oesterreichs aber äußerte sich die russische Agitation in der Forderung, an Stelle des lateinischen Ritus die slavische Liturgie beim Gottesdienste einzuführen. Hiergegen erließ der Erzbischof von Görz an die ihm untergeordneten Bischöfe von Triest, Veglia, Laibach und Parenzo einen Hirtenbrief, der in scharfen Worten die panslavistischen Agitationen verwarf. In diesem Hirtenbriefe wurde die kaum glaubliche Thatsache zur Sprache gebracht und entsprechend gerügt, daß sich das nebenbei katholisch geberdende Hauptorgan der Slovenen, „Slovenski Narod" den ehrwürdigen Papst Leo XIII. als „Auswurf der Menschheit" zu bezeichnen sich erfrecht hat. Nach solchen Stichproben erkennen selbst die vom Haß gegen das protestantische Deutschland erfüllten Ultramontanen Oesterreichs, wessen Geschäfte sie eigentlich bisher besorgt hatten. Sonach hat das deutsch-österreichische Bündniß in Oesterreich nur noch die Russenfreunde als Gegner. Es wäre Letzteren sehr damit gedient gewesen, wenn Oesterreich alle naheliegenden Vorsichtsmaßregeln gegen Rußland unterließe. Diese Berechnung ist aber durch den auf den Berliner Warnungsruf hin zusammenberufenen zweiten Marschallrath in Wien über den Haufen geworfen worden. Bei der eigenen Bundestreue muß Deutschland darauf rechnen, daß Oesterreichs maßgebende Kreise sich nicht in ein Fahrwasser des Mißtrauens lootsen lassen, das an der militärischen und zeitgeschichtlichen Wirkung des Zweikaiserbundes wie ein gefährlicher Wurm zehren würde, mit dem nun auch Deutschland rechnen müßte.

Wahrlich, Deutschland legt sich ununterbrochen die schwersten Opfer auf, um seine Pflichten gegen seine Bundesgenossen zu erfüllen! Die neueste Wehrvorlage ist davon ein beredtes Zeugniß. Die volkswirthschaftlichen Lasten, die wir damit abermals auf uns nehmen, sind nicht gering. Es wäre gewiß erfreulicher, wenn die neue Vorlage mit ihrer großen Steigerung der Wehrpflicht, sowohl was die Dauer wie den Kreis der Verpflichteten anlangt, nicht nothwendig gewesen wäre. Die Verwunderung, daß die Militärverwaltung schon jetzt wieder mit solchen Anforderungen kommt, ist nur zu berechtigt. Nachdem das stehende Heer 1880 um 25,000 Mann, im Frühjahr um weitere 41,000 vermehrt und ungefähr 700 Millionen an Geld bewilligt wurden, glaubte man, daß nun keine neue Forderung nachkäme. Ist die neueste Wehrvorlage nun aber die letzte Forderung? Man sollte es glauben, denn eine Steigerung ist kaum mehr denkbar. Was als der Vorzug der bisherigen Vermehrung des stehenden Heeres gepriesen wurde, daß sie die Dienstpflicht der Landwehr erleichterte und die ältesten Jahrgänge nur im Falle des äußersten Nothbedarfs zu den Waffen rief, das wird jetzt aufgegeben. Hierzu haben, wie nicht zu leugnen, die Erfahrungen geführt, welche deutscherseits im letzten Kriege mit der französischen Territorial-Armee gemacht wurden, zu der jetzt ein Seitenstück geschaffen werden soll. Wir kommen auf diese Seite noch zurück. Heute sei nur bemerkt, daß die neue Organisation von Landwehr und Landsturm nicht so billig ist, wie anfänglich dargestellt wurde. Die Einkleidung und Bewaffnung von einer halben Million Streiter kostet ein schönes Stück Geld, und wenn dasselbe auch mittelst einer Anleihe beschafft werden soll, so hat doch das Volk alljährlich die Verzinsung derselben aufzubringen. Auch noch ein anderer Gesichtspunkt schlägt hier ein. Es liegt dem Reichstage eben ein Gesetzentwurf über die Unterstützung der Angehörigen der zum Militärdienst Eingezogenen vor. Diese Unterstützung ist eine Forderung der Gerechtigkeit, aber wenn demnächst 500,000 meist ältere, mit Familien versehene Mannschaften im Kriegsfalle mehr eingezogen werden, so wird die Unterstützung ihrer Angehörigen eine riesige Summe kosten. Allerdings muß dabei zugegeben werden: bricht einmal der Krieg aus, so ist es besser, daß sofort alle Kräfte herangezogen werden, als daß man sie erst nach und nach heranzieht. Für die Friedenszeit — das ist die einzige Lichtseite — legt die neue Landwehr- und Landsturm-Vorlage keine persönlichen Lasten dem Volke auf. Somit muß man sich mit dem Wunsche trösten, daß die Zeit, wo das Gesetz angewendet werden müßte, nicht kommt, und in der That ist die Absicht, diese Zeit des Kriegs fernzuhalten, der einzige Beweggrund zur Einbringung des Gesetzes.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 15. Decbr.

Berlin, 15. Dez. Reichstag. Die zweite Berathung des Getreidezollgesetzes wird fortgesetzt. — § 2 der Regierungsvorlage bestimmt, daß die neuen Tarifsätze für Weizen, Roggen, Hafer, Gerste, Mais, Dari, Malz und Mühlenfabrikate aus Getreide vom 26. Nov. d. J. ab giltig sein sollen. Die Commission beantragt hierzu folgenden Zusatz: „Insoweit die in diesem Gesetze genannten Gegenstände bis zum 31. März 1888 infolge von Verträgen eingeführt werden, welche nachweislich vor dem 26. Nov. d. J. abgeschlossen sind, werden die bis jetzt giltig gewesenen Zollsätze erhoben. Der hiernach erforderliche Nachweis kann durch alle in der deutschen Civilprozeßordnung zugelassenen Beweismittel erbracht werden. Die betreffenden Ansprüche sind innerhalb vier Wochen nach der Publikation dieses Gesetzes bei der Amtsstelle, an welcher die Waare zur Eingangsabfertigung angemeldet wird, geltend zu machen". — Ferner beantragt die Commission, daß im Uebrigen das Gesetz vom 1. Januar 1883 in Kraft treten soll. — Der Referent Frhr. v. Ow theilt mit, daß die Härte der Sperrmaßregel anerkannt worden sei, daß die Mehrheit der Kommission sich aber auch die Nothwendigkeit dieser Maßregel nicht habe verhehlen können, wenn das Gesetz nicht für ein halbes Jahr wirkungslos bleiben sollte. — Abg. Struckmann (n.-l.) hätte gewünscht, daß es vermieden worden wäre, dem Gesetze eine rückwirkende Kraft zu geben, nachdem dieser Weg aber einmal betreten, könne er nur bitten, den von der Kommission beantragten Zusatz anzunehmen und zwar mit der von Dr. Windthorst beantragten Abänderung: anstatt „31. März" zu setzen „15. Januar". Andernfalls würde der Schutz der Verträge in Frage gestellt und zahlreiche berechtigte Interessen empfindlich geschädigt. Redner führt hierfür eine Reihe ziffermäßiger Beispiele an. Ein Vortheil würde der Landwirthschaft durch Ablehnung des von der Kommission beantragten Zusatzes nicht erwachsen. Das auf Grund der Verträge zur Einfuhr bestimmte Getreide werde doch eingehen, da die Besteller von den Verträgen nicht mehr zurücktreten könnten. — Die Abgg. v. Wedell, v. Helldorf und Graf v. Behr beantragten, den Zusatz wie folgt zu fassen: „Insoweit die vorstehend genannten Gegenstände vor dem 26. Nov. d. J. auf Grund von Verträgen, welche nachweislich vor diesem Zeitpunkte abgeschlossen, für Rechnung deutscher Empfänger verladen worden sind, werden die bis jetzt giltigen Zollsätze erhoben. Diese Vergünstigung findet auf Gegenstände, welche aus öffentlichen oder Privatlagern für ausländisches Getreide nach dem 26. Nov. d. J. in den freien Verkehr gesetzt, sowie auf Verträge, in denen Bestimmungen über die Zollentrichtung enthalten sind, keine Anwendung. Die betreffenden Ansprüche sind innerhalb vier Wochen nach Publikation dieses Gesetzes bei der Amtsstelle, an welcher die Waare zur Eingangs-Abfertigung angemeldet wird, geltend zu machen." — Abg. v. Landsberg-Steinfurt beantragt, in dem vorstehenden Antrage die Worte „verladen worden sind" zu ersetzen durch die Worte: „zur Verladung aufgegeben worden sind". — Endlich beantragen die Abgg. Dr. Bulle und Woermann, in den Kommissionszusatz folgenden Absatz einzuschalten: „Die Bestimmungen des vorstehenden Absatzes finden auch auf solche Waaren Anwendung, welche über Häfen der Zollausschlüsse eingeführt werden, wenn der Nachweis erbracht wird, daß aus der Zeit vor dem 26. Nov. d. J. Thatsachen vorliegen, aus welchen hervorgeht, daß die Waaren schon damals zur Einfuhr in das Zollinland bestimmt waren." — Minister Dr. Lucius wendet sich gegen den Antrag der Kommission. Die Zollerhöhung hat Niemand überraschen können; sie ist bereits in der letzten Landtags-Session und dann im Landwirthschaftsrathe von autoritativer Seite angekündigt worden. Die Geschäftswelt war also darauf vorbereitet und daß sie es war, geht ja auch aus dem großen Mehrimport von Getreide im Laufe des Jahres hervor. Von einer Rechtsverletzung könne nicht die Rede sein. Die Speculation sei in großem Umfange thätig gewesen, auch fingirte Verträge seien abgeschlossen; so sei ihm von Conitzin gemeldet, daß er noch jetzt der Versuch gemacht werde, Getreideabschlüsse mit zurückdatirten Verträgen herbeizuführen. (Bewegung.) Der Antrag Windthorst enthalte eine Verbesserung des Commissionsbeschlusses; er könne aber nur bitten, der Regierungsvorlage zuzustimmen. Am meisten nähere sich derselben der Antrag Wedell. — Abg. v. Wedell erklärt, daß seine Freunde den Commissionsantrag ablehnten, weil derselbe das Gesetz auf lange Zeit wirkungslos machen würde. — Abg. Dr. Windthorst: Die von der Regierung vorgeschlagene Sperrmaßregel sei ein Gewaltact. Was die Speculationen betreffe, so sei er bereit, gewisse Geschäfte überhaupt zu verbieten. Hier handle es sich aber darum, in gutem Glauben abgeschlossene Geschäfte zu schützen. Daß eine Zollerhöhung kommen werde, habe Niemand wissen können. Das Kornzollgesetz habe bereits in voriger Session eingebracht werden sollen; es sei das aber unterblieben, weil Bennigsen und Miquel erklärt hätten, werde die Zollerhöhung so früh verlangt, so sei das Branntweinsteuergesetz in Gefahr. — Abg. Hamp (Reichsp.): Wer wie der Vorredner gewisse Börsengeschäfte, besonders die Zeitgeschäfte, als geradezu verwerfliche erklärt, der durfte doch den Antrag der Commission nicht unterstützen, welcher die Speculation nur zu fördern geeignet ist. Nur der Speculant würde nach Annahme des Commissionsbeschlusses zunächst Vortheil von dem ganzen Gesetze haben. Er bitte, den Antrag Wedell anzunehmen. Abg. Meyer (freis.): Wäre der § 1 abgelehnt worden, so hätte er § 2 in jeder Gestalt angenommen (Heiterkeit), so aber sei es nöthig, gegen die Sperrmaßregel entschieden einzutreten. Besonders schwer würde der Fall der Consignation getroffen. Die großen Bewegungen der letzten Monate an der Productenbörse seien nur ein Reflex, der großen Speculation, die mit Hilfe der Gesetzgebung zuerst bezüglich des Spiritus, dann bezüglich des Getreides zu Gunsten eines Standes versucht worden sei. — Abg. v. Fischer (natl.) ist für den Antrag Wedell mit dem Amendement Landsberg. Nach seiner Erfahrung habe in den letzten Monaten aus den betheiligten Kreisen Niemand an der Zollerhöhung gezweifelt. — Abg. Duvigneau (natl.) ist für Verweisung der Vorlage an die Commission. Jetzt der Speculation einen Riegel vorzuschieben, sei zu spät. Man treffe nur einige Nachzügler, die in gutem Glauben handelten. — Abg. Klemm (cons.) rechtfertigt die rückwirkende Kraft der Zollerhöhung mit der Nothwendigkeit, der wilden Speculation zu begegnen. Wenn dabei der eine oder andere solide Mann betheiligt wäre, so sei das unvermeidlich. Die Gesetzgebung sei nicht dafür verantwortlich zu machen, sondern jene wilde Speculation. — Abg. Böckel (Antisemit): Ohne § 2 der Regierungsvorlage profitiren nur die Börsenjuden von der Zollerhöhung. Böckel theilt aus einer Schrift das Treiben der Juden an der Productenbörse mit. Der schlimmste Feind der deutschen Arbeit sei das speculative Judenthum. Abg. Richter, welcher Böckel durch ununterbrochene Rufe „zur Sache" unterbricht und das Verhalten des Präsidenten durch Zwischenrufe kritisirt, wird zur Ordnung gerufen, während Böckel gleichzeitig zur Sache gerufen wird. Abg. Wörmann (national.) protestirt gegen die Böckeliche Aufreizung zum Racen- und confessionellen Haß und glaubt den Kaufmannsstand gegen die Aeußerung Lucius' vertheidigen zu müssen. Er begründet schließlich seinen Antrag. — Minister Lucius constatirt, daß es ihm durchaus fern gelegen habe, die Ehre des Kaufmannstandes anzugreifen, dem seine Familie seit 200 Jahren angehöre. Wenn man Auswüchse bloslege, so greife man nicht den ganzen Stand an. — § 2 wird schließlich in der Fassung der Commission mit dem Amendement Windthorst angenommen, die Anträge Wedell und Buhl werden abgelehnt. Damit ist die Zollvorlage erledigt. — Darauf ward das Abkommen mit Oesterreich wegen Verlängerung des Handelsvertrages in erster und zweiter Lesung angenommen. Abg. Bamberger hielt dabei eine große Rede zur Glorification des Freihandels und bezeichnete den Schutzzoll als eine Art des civilisirten Nihilismus. Der Vertrag sei kein Handels-, sondern nur ein Meistbegünstigungsvertrag. Abg. v. Kardorff trat dem entgegen. Wenn wir keine Schutzzölle hätten, so läge für Niemanden ein Grund vor, mit uns Handelsverträge abzuschließen. Bamberger sei übrigens der eigentliche Vater der Schutzzollpolitik, die durch die Goldwährung unvermeidlich geworden sei. Abg. Hultzsch empfahl dem Wohlwollen der Regierung eine große Anzahl von Petitionen von Bäckern aus schlesischen und sächsischen Grenzbezirken, desgleichen die zollfreie Einfuhr von Bäckerwaaren nach Oesterreich. Staatssecretär v. Bötticher sagte bei den weiteren Verhandlungen eine eingehende Erwägung zu. Für das vorliegende Abkommen sei eine Berücksichtigung nicht mehr möglich. — Schließlich theilte der Präsident von Wedell-Piesdorf das Ableben des früheren Reichstagspräsidenten Grafen Arnim Boytzenburg mit. Das Haus ehrt das Andenken durch Erheben von den Plätzen. — Morgen Schlußberathung des österreichischen Handelsvertrages und erste Lesung des Wehrgesetzes.

Berlin. Das Bulletin der Aerzte Schrader, Krause und Hovell aus San Remo vom 15. Dezbr. früh besagt: In den letzten Wochen haben sich die entzündlichen Erscheinungen im Kehlkopfe des Kronprinzen völlig zurückgebildet. Die Geschwulst selbst zeigt sich an der Oberfläche theils benarbt, theils mit flachen, ein wenig zur Ausbreitung neigenden Wucherungen bedeckt. Das Allgemeinbefinden ist ungestört. — Der „Reichsanzeiger" meldet: „Die Nachrichten der Blätter von einer in Marutersdorf (Schleswig-Holstein) unter dem Schweinebestand aufgetretener Schweinepest, sowie verdächtigen Krankheitsfällen erweisen sich als unbegründet. Nach sofort eingezogenen amtlichen Berichten hat die von Prof. Schütz und zwei Staatsthierärzten vorgenommene genaue Untersuchung ergeben, daß keinerlei verdächtige Krankheitserscheinungen vorliegen. — Im Prozeß wegen der Feuersbrünste der Opera Comique wurde Carvalho zu einer Gefängnißstrafe von 3 Monaten und 200 Frcs. Geldbuße verurtheilt.

Paris, 15. Decbr. (Schluß.) Rente 82,37. Anleihe 107,70. Italiener 97,50, Staatsbahn 461,25. Lombarden 187,50, do. Prioritäten —,—. Spanier 67,81. Egypter 377,18. Ottomanen 511,87. Neue Anleihe —. Türken —. Schwach.

Amsterdam, 15. December. Produkten (Schluß). Weizen per März 194, per Mai 193. Roggen per März 108, per Mai 107.

Paris (Produkten), 15. December. (Schluß.) Weizen per December 22,60, per März-Juni 23,60. fest. Spiritus per December 44,50, per Mai-August 46,75. ruhig. Rüböl per December 67,50, per März-Juni 68,75. behauptet.

Panzer-Geldschränke empfehlen von 120 Mark an
Schladitz & Bernhard
Dresden, 7 Johannes-Allee 7
(Café König).